

Sand im Getriebe

Der Newsletter „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.

Website: www.sand-im-getriebe.org E-Mail: sand-im-getriebe@posteo.de



Eric Toussaint

Europa wird schwarz und braun

28. Juni 2024

Inhaltsverzeichnis

Wie sind die Ergebnisse der EU-Parlamentswahlen zu interpretieren?..	2
Die erste Beobachtung.....	2
Zweite Beobachtung.....	3
Dritte Beobachtung.....	4
Vierte Beobachtung.....	4
Fünfte Beobachtung.....	5
Wie viel stärker ist die extreme Rechte geworden?.....	5
Wie sind die verschiedenen Fraktionen im Europäischen Parlament verteilt, und was sind ihre Merkmale?.....	6
1. Die Europäische Volkspartei.....	8
2. S&D: Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament.....	9
3. EKR: Die Europäischen Konservativen und Reformisten, die größte rechtsextreme Gruppierung.....	10
4. RENEW Europe.....	11
5. Identität und Demokratie (ID).....	11
6. Die Fraktion der Europäischen Grünen.....	12
7. Die Fraktion der Linken.....	13
Schlussfolgerungen.....	17
Einige SiG-Artikel über die Europäische Union.....	20

Wie sind die Ergebnisse der EU-Parlamentswahlen zu interpretieren?

Die erste Beobachtung

Bei den EU-Wahlen, die zwischen dem 6. und 9. Juni 2024 in allen 27 Mitgliedsländern stattfanden, war die **Wahlbeteiligung erneut sehr niedrig**.

Der Durchschnitt für die gesamte Europäische Union lag bei 51 %. Dabei ist zu berücksichtigen, dass auch Länder mit Wahlpflicht in die Berechnung dieses Durchschnitts einfließen – zum Beispiel Belgien, wo die Wahlbeteiligung bei 90 % lag. [1] Ohne diese Länder würde die Wahlbeteiligung unter die 50%-Marke fallen.

Von den 27 EU-Mitgliedstaaten hatten 15 eine Wahlbeteiligung von weniger als 50 %. Und in den Ländern, die kürzlich der EU beigetreten sind, waren die Raten extrem niedrig. **In Kroatien lag die Wahlbeteiligung bei nur 21,35 %.** Kroatien trat der EU erst 2013 bei und wurde erst 2023 Teil der Eurozone und des Schengen-Raums.

In **Litauen**, das 2004 der EU beigetreten ist, lag die Wahlbeteiligung bei 28,35 %. In den beiden anderen baltischen Republiken lag die Quote in **Lettland** bei 34% und in **Estland** bei 37,6 %.

Auch diese Länder verzeichneten eine niedrige Wahlbeteiligung: die **Tschechische Republik** mit 36,45 %, die **Slowakei** mit 34,40 %, **Portugal** mit 36,5 %, **Finnland** mit 40,4 %, **Bulgarien** mit 33,8 % und **Griechenland** mit 41,4 % (und denken Sie daran, dass in den beiden letztgenannten Ländern Wahlpflicht besteht!).

Italiens Quote (48,3 %) war um 6 % niedriger als 2019.

In **Frankreich** lag die Wahlbeteiligung bei 51,50 %.

Von den großen Ländern der Europäischen Union liegt nur **Deutschland** mit 65 % deutlich über der 50 %-Marke.

Fazit: Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union hat keine Begeisterung für die EU-Institutionen und sieht keinen Sinn darin, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Die Bürger der Länder des ehemaligen Ostblocks oder Südeuropas, die voller Hoffnung waren, als ihre Länder Teil der EU oder später der Eurozone oder des Schengen-Raums wurden, sind offensichtlich enttäuscht von den nicht eingelösten Versprechen einer verbesserten Lebensqualität. Die Hoffnungen auf Fortschritte im Bereich der sozialen Rechte haben sich nicht erfüllt – ganz im Gegenteil.

Das Europäische Parlament nimmt zwar manchmal einige relativ positive Entscheidungen an, aber es hat keine wirkliche Macht. Es sind die EU-Kommission und der Rat, die die wirklichen Entscheidungen treffen; und die großen Länder wie Deutschland und Frankreich haben dort entscheidenden Einfluss.

Und vergessen Sie nicht die Zwangsrolle, die die Europäische Zentralbank bei mehreren Gelegenheiten spielte, wie im Fall Griechenlands im Jahr 2015, wo sie ihre Macht nutzte, um eine Regierung zu destabilisieren, die nicht fügsam genug war, um die von den wirklichen Entscheidungsträgern der EU festgelegte Politik zu befolgen.

Diese Politik wird den Bevölkerungen von den Regierungen der Länder, die die EU

wirtschaftlich und politisch dominieren, und von den großen privaten Unternehmen, insbesondere den großen Privatbanken und Investmentfonds, aufgezwungen. Während der Coronavirus-Pandemie (2020-2021) haben die Bürgerinnen und Bürger auch erkannt, dass die Staats- und Regierungschefs der EU nicht in der Lage waren, eine Gesundheitspolitik umzusetzen, die sie wirksam schützen könnte. Und seitdem hat die EU nichts getan, um

die Situation strukturell zu verbessern – sie weigerte sich, eine Pharmaindustrie aufzubauen, die in der Lage ist, auf eine neue Pandemie zu reagieren, weigerte sich, den Vorschlag von 135 Ländern des globalen Südens zu unterstützen, die Anwendung von Patenten auszusetzen, den universellen Zugang zu Impfstoffen zu gewähren und hat stattdessen die europäische Rüstungsindustrie und eine Erhöhung der Militärausgaben unterstützt.

Zweite Beobachtung

Die konservative Rechte und die extremen Rechte sind erheblich gestärkt hervorgegangen.

Politische Gruppierungen, die sich selbst als zentristisch oder **Mitte-Rechts** dargestellt haben, obwohl sie eine rechtsextreme Politik in Bezug auf Migranten, Asylbewerber und die beschleunigte Remilitarisierung Europas betreiben, erleiden in bestimmten Fällen schwere Verluste.

Dies gilt insbesondere für die Fraktion um die Partei von Emmanuel Macron, Renaissance, die 10 Sitze verlor und von 23 auf 13 zurückfiel.

Ein weiteres Beispiel ist Open VLD des belgischen Premierministers Alexander De Croo, die die Hälfte ihrer Sitze verloren haben. Die Wähler bevorzugen das Original (die extreme Rechte oder die harte konservative Rechte) gegenüber einer blassen Imitation).

Die anderen großen Verlierer sind die europäischen **Grünen**, die für ihre Kompromisse beim Klimawandel, der Umweltkrise und der Steuerung von Migration und Asyl bezahlt haben. Sie bezahlten auch für ihre Unterstützung der Remilitarisierung Europas und ihre Ausrichtung an der NATO.

Bei bestimmten Anlässen haben die Grünen eine grundlegende Rolle bei der Bildung von Mehrheiten im Parlament und der Verabschiedung der wichtigsten Maßnahmen der Legislaturperiode 2019-2024 gespielt (Europäischer Grüner Deal, Remilitarisierung Europas, Migrations- und Asylpakt usw.).

In ihren jeweiligen Ländern, zum Beispiel in Deutschland und Belgien, waren die Grünen Komplizen rechter Politik.

Wie Miguel Urban schreibt: "Während sie 2019 bis zu einem gewissen Grad als Kräfte für die Erneuerung und Modernisierung einer ineffektiv gewordenen Zwei-Parteien-Regierung anerkannt wurden, führte ihre Unfähigkeit, die Erwartungen zu erfüllen, dazu, dass sie einen hohen Preis bei den Wahlen zahlten." [2]

Die Fraktion der Europäischen Grünen verlor 17 Sitze und kam von 71 auf 54 Sitze. Die Fraktion der Grünen war die viertgrößte Fraktion im Europäischen Parlament, vor den beiden rechtsextremen Fraktionen ECR und ID (siehe unten). Sie liegt jetzt auf dem sechsten Platz. Die beiden rechtsextremen Gruppen liegen nun vor ihnen.

Dritte Beobachtung

Die **Koalition aus drei Fraktionen**, die die europäischen Institutionen regiert, hat ihre Mehrheit behalten, obwohl sie von 417 auf 406 Sitze geschrumpft ist, und kann die EU weiterhin regieren.

Zu dieser Koalition gehören die Europäische Volkspartei; die "sozialdemokratische" Gruppe sozialistischer Parteien; und Renew Europe (zu dem Emmanuel Macrons Renaissance, Open VLD von Alexander de Croo – der am Wahlabend nach der Niederlage seiner Partei zurücktrat – und die VVD von Mark Rutte, dem ehemaligen niederländischen Premierminister, gehören).

Aber **die dominierende Fraktion im Europäischen Parlament – die Europäi-**

sche Volkspartei, in der die CDU/CSU von Ursula von der Leyen und die spanische PP dominieren – ist eindeutig bemüht, Giorgia Meloni und ihrer rechtsextremen Partei Fratelli d'Italia (Mitglied der EKR-Fraktion) die Hand zu reichen, um Italien in die europäische Regierungsführung einzubeziehen.

Meloni ihrerseits wird durch ihren eigenen Wahlerfolg am 9. Juni durch den Zuwachs der rechtsextremen Parlamentsfraktion, die sie anführt und die von 69 auf 83 Abgeordnete angewachsen ist, gestärkt. Sie fordert einen Platz unter den EU-Spitzenpolitikern und argumentiert, dass Renew Europe von 102 auf nur noch 75 Abgeordnete gesunken ist.

Vierte Beobachtung

Die Fraktion der "radikalen Linken" – die kleinste Fraktion im Europäischen Parlament – hat trotz Verlusten in einigen Ländern wie in Portugal, wo sowohl der Linksblock als auch die PCP fast die Hälfte ihrer Stimmen und Sitze verloren haben, insgesamt an Stärke gewonnen und ist von 37 auf 39 Sitze gestiegen. Sie könnte weiter wachsen, da sich ihr die fraktionslosen Abgeordneten und die Unabhängigen, die mehr als 80 Abgeordnete vertreten, anschließen könnten.

Abgesehen von der Zusammensetzung und der Anzahl der radikalen linken Gruppe The Left sind bestimmte Erfolge zu verzeichnen.

La France Insoumise zum Beispiel schnitt im Vergleich zu ihren Ergebnissen von

2019 gut ab: Die Partei stieg von 7 auf 9 Abgeordnete, mit fast 10 % der Stimmen.

[Ein hervorragendes Ergebnis erzielte auch das Linksbündnis in Finnland](#), das seine Zahl der Abgeordneten um das Dreifache von 1 auf 3 erhöhte und 17 % der Stimmen erhielt, während die rechtsextreme Partei der Finnen von 13,8 % auf 7,6 % stark zurückging.

Wir sollten auch die Ergebnisse der radikalen Linken in Belgien hinzufügen, wobei die Arbeiterpartei Belgiens (PTB) ihr Ergebnis und ihre Vertretung im EU-Parlament verdoppelt hat (siehe unten). **Auch Italien ist ein typisches Beispiel, wo das Grünen-Links-Bündnis fast 7 % der Stimmen erreichte** und zwei Sitze im EU-Parlament gewann (siehe unten).

Fünfte Beobachtung

Die Krise der politischen Systeme spiegelt sich neben dem Erstarken der extremen Rechten weiterhin in der **Entstehung und dem Erfolg kurzlebiger Listen** wider, die ihren Einfluss auf die sozialen Netzwerke und den Wunsch der Wähler nach Alternativen außerhalb der traditionellen oder sogar "klassischen" rechtsextremen Parteien nutzen. Zwei Beispiele:

- Die Liste von Fidias Panayiotou, einem 24-jährigen zypriotischen TikToker, der den dritten Platz belegte und mit fast 20% der Stimmen einen Sitz im Europäischen Parlament gewann;

- Alvisé Pérez, der Kandidat von Se Acabó La Fiesta (Das Fest ist vorbei), eine der neuen Parteien Spaniens, die mit 800.000 Stimmen drei Sitze gewann. Alvisé Pérez ist sehr aktiv in den sozialen Netzwerken Telegram und Twitter/X, wo er deutlich rechtsgerichtete Fake News verbreitet. Vor kurzem hat X ihm den Zugang zum Netzwerk entzogen. Er ist Ziel mehrerer Strafverfahren wegen Verleumdung und hofft, seinen Status als Europaabgeordneter nutzen zu können, um diesen während seiner Amtszeit zu entgehen.

Wie viel stärker ist die extreme Rechte geworden?

Die beiden rechtsextremen Fraktionen im EU-Parlament, die 2019 zusammen 118 Abgeordnete zählten, sind gestärkt aus den Wahlen 2024 hervorgegangen. Sie haben jetzt 134 Abgeordnete.

Die Gesamtzahl beträgt 149, wenn wir die 15 Abgeordneten der rechtsextremen Alternative für Deutschland (AfD) einbeziehen, die im Mai 2024 aus der von Marine Le Pen RN dominierten Fraktion Identität und Demokratie (ID) ausgeschlossen wurde, nachdem ihr Hauptkandidat während des Europawahlkampfes Pro-Nazi-Äußerungen gemacht hatte. Es sei darauf hingewiesen, dass die AfD am 9. Juni 2024 mit 15 Abgeordneten zur zweitgrößten politischen Kraft in Deutschland wurde, während sie bei der Europawahl 2019 mit 9 Sitzen auf dem fünften Platz lag.

Wenn wir die Partei Fidesz-Ungarische Bürgerunion von Viktor Orbán hinzufügen, die bei den ungarischen Wahlen die Nase vorn hatte und 10 Sitze gewann, wären es insgesamt 159 Abgeordnete.

In der Tat sollte beachtet werden, dass eine Reihe von fraktionslosen Mitgliedern und Unabhängigen wahrscheinlich auch einer der beiden rechtsextremen Parlamentsfraktionen beitreten werden.

Die extreme Rechte hat es geschafft, die führende politische Kraft in Italien (Fratelli d'Italia), Frankreich (RN), Ungarn (Fidesz-Ungarische Bürgerunion), den Niederlanden (Geert Wilders' PVV Partij voor de Vrijheid) und Österreich (FPÖ) zu werden.

Und sie ist die zweitstärkste Kraft in Deutschland (AfD) und Belgien (dank des Erfolgs des Vlaams Belang im flämischen Teil des Landes, der hinter der NVA, einer rechtsradikalen Partei, an zweiter Stelle steht).

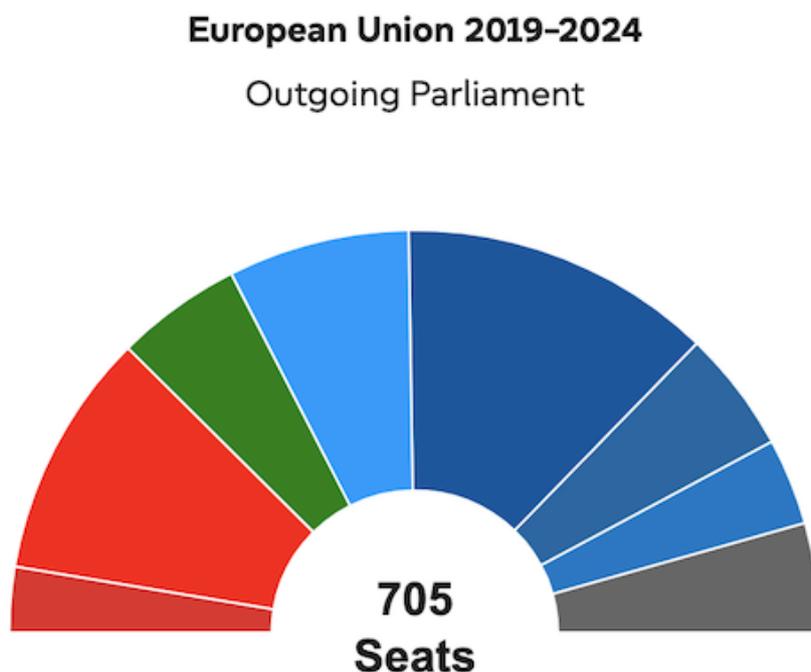
Die extreme Rechte ist in Europa seit Beginn des Jahrhunderts stetig gewachsen. Wie Miguel Urban, scheidender Europaabgeordneter für Anticapitalistas, betont, hat-

ten rechtsextreme Abgeordnete vor 20 Jahren Schwierigkeiten, eine Fraktion im Europäischen Parlament zu bilden, da dafür aus sieben Ländern Abgeordnete und mindestens 23 Sitze erforderlich sind. Heute haben sie zwei große Fraktionen, die, wenn sie vereint wären, die zweitstärkste politische Kraft im Europäischen Parlament darstellen würde.

In den letzten zehn Jahren ist die extreme Rechte in einer Reihe von Ländern entstanden, in denen sie zuvor keine Sitze hatte. Dies ist in Portugal bei der rechtsextremen Organisation Chega der Fall, die bei den letzten Parlamentswahlen im März 2024 18 % der Stimmen erhielt und zum ersten Mal mit zwei Sitzen ins Europäische Parlament einzog, nachdem sie am 9. Juni 9,8 % der Stimmen erhalten hat.

Wie sind die verschiedenen Fraktionen im Europäischen Parlament verteilt, und was sind ihre Merkmale?

Outgoing Parliament: aus dem Amt scheidendes Parlament



Quelle: <https://results.elections.europa.eu/fr/outils/outil-de-comparaison/>

EPP - Group of the European People's Party
(Christian Democrats)

176 ● EPP: Fraktion der Europäischen Volkspartei
im Europäischen Parlament Europäische
Volkspartei (Christdemokraten)

S&D - Group of the Progressive Alliance of
Socialists and Democrats in the European
Parliament

139 ● S&D: Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten im EU Parlament

Renew Europe - Renew Europe Group

102 ● Renew Europe: Fraktion ‚Europa erneuern‘

Greens/EFA - Group of the Greens/European
Free Alliance

71 ● Greens/EFA: Fraktion Die Grünen/
Europäische Freie Allianz

ECR - European Conservatives and
Reformists Group

69 ● ECR: Fraktion der Europäischen
Konservativen und Reformisten

ID - Identity and Democracy Group

49 ● ID: Fraktion Identität und Demokratie

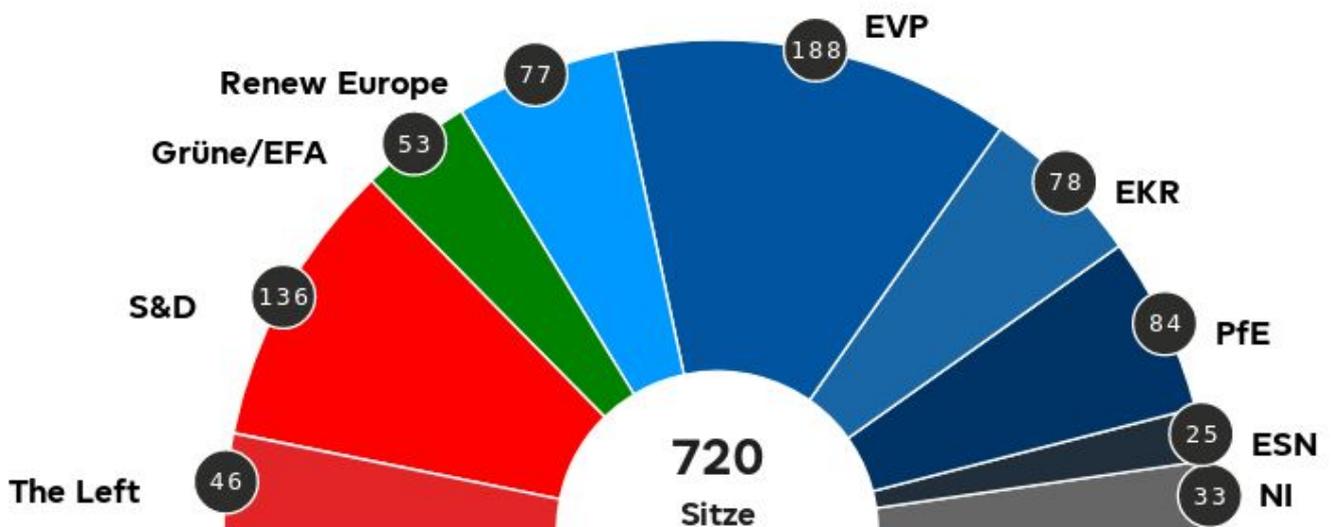
The Left - The Left group in the European
Parliament - GUE/NGL

37 ● GUE/NGL: Fraktion Die Linke im Europäis-
chen Parlament (GUE == Gauche Unitaire
Européenne; NGL == Nordische Grüne Linke)

NI - Non-attached Members

62 ● NI: Fraktionslose Mitglieder des Europäischen
Parlaments (NI == non-inscrits; französisch
für „nicht eingeschrieben“)

EU-Parlament, 2024 -2029



<https://results.elections.europa.eu/de/>

1. Die Europäische Volkspartei

Die größte Fraktion im Europäischen Parlament ist die Europäische Volkspartei, die in allen 27 Ländern der EU vertreten ist und über 188 Sitze verfügt.

Sie hat im Vergleich zu 2019 12 Sitze hinzugewonnen. Dazu gehören konservative Parteien mit christlicher Konnotation, wie die deutsche CDU/CSU von Ursula von der Leyen und Angela Merkel, die spanische PP, die Bürgerkoalition (auf Polnisch: Koalicja Obywatelska, abgekürzt KO) unter der Führung von Donald Tusk, die seit Ende 2023 regiert, die CDNV in Belgien und auch die Partei des verstorbenen Silvio Berlusconi Forza Italia.

Die nationalen Parteien, die die PP-Fraktion im Europäischen Parlament unterstützen, haben ihre rechte Position in Fragen der Rechte von Migranten und Flüchtlingen, der Sicherheit, des Krieges, der NATO, der Offensive gegen soziale Rechte radikalisiert, ebenfalls bei der unbehaglichen, aber sehr realen Unterstützung für die Politik der rechtsextremen Regierung Netanjahus, der Fortsetzung und Intensivierung der neoliberalen Wirtschaftspolitik der Privatisierung und Untergrabung öffentlicher Dienstleistungen, usw. .

Sie haben in der Regel rechtsextreme Persönlichkeiten in ihre Reihen aufgenommen, wie es bei der Partei Nea Dimokratia der Fall ist, die **Griechenland** seit 2019 regiert. EVP-Mitgliedsparteien schließen Allianzen mit der extremen Rechten, zum Beispiel in **Spanien**, wo die PP ein Bündnis mit Vox (einem Mitglied der Europäischen ID-Fraktion) eingegangen ist, um Regionen oder Gemeinden zu regieren, oder in **Frankreich**, wo ein Teil der Partei Les Républicains (insbesondere ihr Präsident, der Bürgermeister von Nizza, Éric Ciotti) ein Bündnis mit Marine Le Pen und

Jordan Bardellas RN eingegangen ist, kurz vor den vorgezogenen Parlamentswahlen am 30. Juni 2024.

In **Österreich** war die Österreichische Volkspartei (ÖVP) jahrelang mit der rechtsextremen Freiheitlichen Partei (FPÖ) verbündet, bis ein Skandal um den Spitzenpolitiker der Partei 2019 eine weitere Zusammenarbeit unmöglich machte. Seitdem ist die Österreichische Volkspartei mit den Grünen verbunden.

In **Italien** ist die Mitgliedspartei der Volkspartei-Fraktion im Europäischen Parlament die Forza Italia, die rechtsradikale konservative Partei des verstorbenen Silvio Berlusconi. Sie ist Teil der Regierung der rechtsextremen Führungsperson Giorgia Meloni von der italienischen Bruderschaft (Fratelli d'Italia), die auch mit einer anderen italienischen rechtsextremen Partei, der Lega Nord (Lega Nord) von Matteo Salvini, verbündet ist.

In **Finnland** hat die Nationale Sammlungspartei von Ministerpräsident Petteri Orpo (Kansallinen Kokoomus oder Kok), ein Mitglied der EVP-Fraktion, eine Koalitionsregierung mit der rechtsextremen Finnenpartei (Perussuomalaiset oder PS) gebildet.

In **Schweden** unterstützt die rechtsextreme Partei der Schwedendemokraten (Sverigedemokraterna, SD) die seit 2022 regierende konservative Regierung, ohne Mitglied dieser Regierung zu sein, zu der auch die Moderate Sammlungspartei (Moderata samlingspartiet), ein Mitglied der EVP, gehört. Diese Regierung verfolgt eine harte repressive Politik gegen Migrant*innen und hat veranlasst, dass Schweden 2023 in die NATO aufgenommen wurde, was auch Finnland getan hat.

Wir sollten auch hinzufügen, dass in **Ungarn** die rechtsextreme Partei von Präsi-

dent Viktor Orbán, die Fidesz-Ungarische Bürgerunion (Fidesz-Magyar Polgári Szövetség), bis 2021 Mitglied der EVP war. Die Liste der Kompromisse und Bündnisse

der EVP-Mitgliedsparteien mit der extremen Rechten ist viel länger als die oben genannten und sollte Gegenstand einer eingehenden Studie sein.

2. S&D: Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament ein treuer Verbündeter der Europäischen Volkspartei bei der Führung der EU

Die zweitgrößte Fraktion im EU-Parlament ist die Progressive Allianz der Sozialisten & Demokraten (S&D) mit 136 Abgeordneten, verglichen mit 139 im Jahr 2019.

Die **spanischen Sozialisten** (PSOE) und die italienischen Mitglieder der Demokratischen Partei (PD) gewannen jeweils 21 Sitze, aber die Spanier verloren einen Sitz (2019 hatten sie 22), während die Italiener 6 hinzugewannen, gegenüber 15 im Jahr 2019.

Die **deutschen Sozialisten** (SPD) verloren zwei Sitze und fielen von 16 auf 14 Sitze zurück.

In **Portugal** fiel die Sozialistische Partei (PS) von 8 auf 7 Abgeordnete.

Die **österreichischen Sozialisten** (SPÖ) haben wie 2019 immer noch fünf Sitze, sind aber von der zweit- auf die drittplatzierte österreichische politische Kraft im EU-Parlament zurückgefallen.

In **Bulgarien** fielen die Sozialisten (BSP) von vier auf zwei Sitze, in **Rumänien** gewannen die Sozialisten sechs Sitze, gegenüber vier.

Die **belgische Sozialistische Partei** (PS) gewann vier Parlamentssitze, gegenüber zwei im Jahr 2019.

In **Kroatien** behielten die Sozialisten vier Sitze.

In **Dänemark** hielten die Sozialisten 3 Sitze (von 15); in **Finnland** stagnierten sie

bei 2 Sitzen (von 21); in **Schweden** behielten sie ihre 5 Sitze (von 21).

In **Frankreich** legten die Sozialisten von 7 auf 13 Sitze deutlich zu und liegen gleichauf mit Macrons Partei, die 10 Sitze verlor (während gleichzeitig Marine Le Pens RN 12 Sitze von 18 auf 30 hinzugewann).

In **Griechenland** stiegen die Sozialisten von 2 Sitzen im Jahr 2019 auf 3 im Jahr 2024. In den Niederlanden fielen sie von 6 auf 4 Sitze.

In der **Tschechischen Republik** und der **Slowakei** haben die Sozialisten keine Sitze im EU-Parlament. In **Slowenien** sind sie von 2 auf 1 Sitz gesunken.

In **Estland** und **Litauen** behielten die Sozialisten wie 2019 2 Sitze, während sie in **Lettland** von 2 auf 1 zurückfielen.

Die sozialdemokratische Fraktion im EU-Parlament unterstützte die gleichen Ansätze und die gleiche Politik wie die Europäische Volkspartei, und es gab keinen Bruch zwischen ihnen in den großen Fragen der Wirtschaftspolitik, der Migrationspolitik, der Erhöhung der Militärausgaben, der Stärkung der NATO und der Annäherung an Washington, der Ablehnung, Sanktionen gegen Israel zu verhängen und der Entscheidung, keine radikale Wende als Reaktion auf die Umweltkrise umzusetzen.

3. EKR: Die Europäischen Konservativen und Reformisten, die größte rechtsextreme Gruppierung

Die Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) ist derzeit mit 83 Abgeordneten die größte rechtsextreme Fraktion im EU-Parlament.

Im Vergleich zu den Wahlen 2019 hat diese Gruppe 14 Sitze hinzugewonnen.

Die Partei von Giorgia Meloni (**Fratelli d'Italia**) ist mit 24 gewählten Abgeordneten im Jahr 2024 die wichtigste politische Kraft in dieser Fraktion, verglichen mit 10 im Jahr 2019.

Als nächstes folgt die **polnische Partei Recht und Gerechtigkeit** (PIS ist das Akronym auf Polnisch), die das Land von 2015 bis Ende 2023 regierte und 20 Abgeordnete hat, verglichen mit 27 im Jahr 2019. Es sei darauf hingewiesen, dass sie 2019 die wichtigste politische Kraft des Landes war und dass sie 2024 von der Bürgerkoalition (auf Polnisch: Koalicja Obywatelska, abgekürzt KO) unter der Führung von Donald Tusk überholt wurde, der seit Ende 2023 regiert, wie wir bei dem Abschnitt über die EVP angegeben haben. In **Spanien** ist die rechtsextreme VOX-Partei Teil der EKR-Fraktion, die 2024 6 Sitze gewann, verglichen mit 4 im Jahr 2019.

In **Frankreich** konzentrieren sich die EKR-Mitglieder, von denen es 4 gibt, mehr oder weniger in der rechtsextremen Reconquête-Gruppe des Rassisten Éric Zemmour. [3]

In **Belgien** ist die NVA, die wichtigste ultraneoliberale und rassistische flämische nationalistische Partei, mit 3 Abgeordneten (die gleiche Anzahl wie 2019) Teil der EKR. Die NVA erhielt in Flandern 22% der Stimmen und setzte sich bei den Wahlen zum föderalen Parlament, die zeitgleich mit den Europawahlen stattfanden, knapp gegen den Vlaams Belang durch. Es ist

der NVA-Vorsitzende, der die Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung in Belgien leitet – einer Regierung, die fast ausschließlich aus rechten Parteien bestehen wird. Der Vlaams Belang, der noch rechter ist als die NVA, schlug letztere bei den Europawahlen knapp und hat ebenfalls 3 Abgeordnete. Vlaams Belang ist Teil der anderen großen rechtsextremen Fraktion im Europäischen Parlament, der ID-Fraktion, die von Marine Le Pen RN dominiert wird (siehe unten). Während des Wahlkampfs für das belgische föderale Parlament verfolgte die NVA eine Linie, die nicht allzu weit von der des Vlaams Belang entfernt war, um nicht zu viele Stimmen an diesen zu verlieren. Bart de Wever, an der Spitze der NVA, hat sich als eine Art Bollwerk gegen die Gefahr des Vlaams Blok präsentiert. Dennoch freute sich Bart de Wever in der Wahlnacht am 9. Juni über den (knappen) Sieg gegen den Vlaams Blok und gratulierte diesem zu seinem verbesserten Abschneiden. Das Wirtschaftsprogramm der NVA orientiert sich an dem Programm der belgischen und flämischen Wirtschaftslobby.

In der **Tschechischen Republik** hat die SPOLU-Koalition, die Teil der EKR-Fraktion ist, 3 Abgeordnete.

In **Schweden** gehören der EKR die rechtsextremen Schwedendemokraten (Sverigedemokraterna, SD) an, die wie schon 2019 3 Sitze im Europäischen Parlament haben. **Die finnische** Finnenpartei (Perussuomalaiset/Sannfinländarna, PS), die 2024 Stimmen verlor, stellt jetzt nur noch 1 Abgeordneten, verglichen mit 2 im Jahr 2019. Das ist eine gute Nachricht und zeigt, dass die Partei für ihre Beteiligung an der finnischen Regierung bezahlt, in der sie 7 Minister hat.

In **Griechenland** ist die Partei Griechische Lösung (Ellinikí Lýsi) mit der EKR verbunden, die bei den Wahlen 2024 mit 2 Sitzen an Boden gewann, verglichen mit 1 im Jahr 2019.

Alle europäischen Parteien der EKR sind eindeutig rechtsextrem. In jedem Fall ist es

wichtig, sich daran zu erinnern, dass in mindestens zwei EU-Ländern EKR-Mitgliedsparteien die Regierung führen: Dies ist in Italien der Fall und wird wahrscheinlich in den kommenden Wochen oder Monaten in Belgien der Fall sein. Sie sind auch Teil der finnischen Regierung.

4. RENEW Europe

Renew Europe ist die viertgrößte Fraktion im Europäischen Parlament. Ihr Einfluss ist nach den Wahlen 2024 stark geschrumpft, von 102 Sitzen im Jahr 2019 auf 75 im Jahr 2024.

Die wichtigsten politischen Gruppierungen in der Renew-Fraktion sind die Partei des französischen Präsidenten Emmanuel Macron (Renaissance), drei rechte Parteien aus Belgien: die MR, die Partei von EU-Ratspräsident Charles Michel, dessen Amtszeit zu Ende geht; Open VLD des ehemaligen belgischen Premierministers Alexander De Croo; und die Engagés, eine Partei aus der EVP-Familie, die sich nach

ihrem guten Abschneiden bei den Europawahlen gerade Renew angeschlossen hat. Die niederländische VVD – die Partei des ehemaligen Ministerpräsidenten Mark Rutte, der gerade neuer NATO-Chef geworden ist –, ist ebenfalls Mitglied von Renew ist und nun Teil einer Koalitionsregierung unter der Führung der rechtsextremen Partei des Rassisten Geert Wilders (PVV). Es war Wilders' Partei, die den neuen niederländischen Ministerpräsidenten Dick Schoof vorantrieb, der Chef der Geheimdienste war und offiziell keiner Partei angehört.

5. Identität und Demokratie (ID)

Die zweite rechtsextreme Fraktion ist die Fraktion Identität und Demokratie (ID), die seit den Wahlen 2019 ebenfalls von 49 auf 58 Abgeordnete im Jahr 2024 gewachsen ist. Die Gruppe ist in 7 Ländern vertreten.

Rassemblement National (RN), die Partei von Marine Le Pen und Jordan Bardella, die bei den Europawahlen in Frankreich mit doppelt so vielen Stimmen wie die Partei von Emmanuel Macron gewonnen hat, liegt mit 30 Abgeordneten im Vergleich zu 18 im Jahr 2019 an der Spitze der ID-Fraktion.

Als nächstes kommt die **Lega Nord** von Matteo Salvini, die im Vergleich zu 2019

große Verluste erlitten hat. Ihre Fraktion hat jetzt nur noch 8 Abgeordnete, gegenüber 22. Salvinis Partei ist Teil der Regierung von Giorgia Meloni, in der er stellvertretender Ministerpräsident ist (eine Position, die er auch 2018-2019 innehatte). Salvinis Partei umfasst rechtsextreme Persönlichkeiten, die Sympathien für Mussolini bekundet haben, wie der ehemalige General Vannacci.

In **Österreich** war die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) von 2000 bis 2006 und dann von 2017 bis 2019 Teil der Regierung. Mehrere ihrer Mitglieder und Führungspersonen haben aus ihren Nazi-

Sympathien keinen Hehl gemacht.

Die Partei war nicht mehr in der Lage, Teil einer Regierung zu sein, nachdem 2019 ein Skandal bekannt wurde, der auf einem Video enthüllte, dass einer ihrer hochrangigen Funktionsträger mit einem russischen Oligarchen über die Finanzierung der Partei verhandelt hatte. Zwischen 2019 und 2024 hat sie jedoch ihre Stimmen und die Zahl ihrer Abgeordneten von 3 auf 6 verdoppelt. Damit wurde sie 2024 zur größten Partei Österreichs und errang einen Sitz mehr im Europäischen Parlament als die EVP-Mitgliedsparterie (ÖVP) und die Sozialistische Partei.

In den **Niederlanden** ist die Partei für die Freiheit (Partij voor de Vrijheid) von Geert Wilders Teil der Fraktion Identität und Demokratie. Sie wurde im November 2023 zur wichtigsten politischen Kraft des Lan-

des und hat gerade eine Regierung mit der VVD gebildet, die Teil von Renew ist (siehe oben). Bei den Europawahlen bestätigte sie ihre Position als führende Partei mit 6 Parlamentssitzen, während Mark Ruttes VVD 4 Sitze gewann.

In **Belgien**, im flämischen Teil des Landes, erzielte der Vlaams Belang, ein Mitglied von Identität und Demokratie, im Juni 2024 starke Wahlgewinne, indem er bei den Europawahlen die führende Partei in Bezug auf die Stimmenzahl wurde. Bei den belgischen Parlamentswahlen ist sie die zweitgrößte Partei nach der NVA, die, wie wir gesehen haben, Teil der anderen rechtsextremen Parlamentsfraktion, der EKR, ist. Die ID-Fraktion ist auch in Estland und der Tschechischen Republik vertreten, aber das sind marginale Kräfte, die jeweils nur einen Abgeordneten haben.

6. Die Fraktion der Europäischen Grünen

(54 Sitze gegenüber 71 im Jahr 2019)

Die Fraktion der Europäischen Grünen erlitt bei den Wahlen 2024 eine schwere Niederlage und fiel von 71 auf 54 Abgeordnete zurück. Die Gruppe ist in etwa wieder so groß wie zwischen 1999 und 2019, bevor sie 2019 für die zu Ende gehende Legislaturperiode ein starkes Wachstum verzeichnete. Sie ist nun von der 4. Position, auf die sie 2019 geklettert ist, auf die 6. gefallen, überholt von den beiden rechtsextremen Fraktionen EKR und ID.

Die deutschen Grünen, Teil einer breiten Koalitionsregierung mit den Sozialisten und Liberalen, verloren fast die Hälfte ihrer Sitze von 21 auf 12 Abgeordnete. Rechnet man die anderen kleinen deutschen Listen hinzu, die ebenfalls zur Fraktion der europäischen Grünen gehören, so ist die Gesamtzahl von 25 auf 16 gesunken.

Die deutschen Grünen haben die Orientierung der Regierung des Sozialisten Scholz akzeptiert, die entschieden für Netanjahus faschistische Regierung, pro-NATO und für eine starke Erhöhung der Rüstungsausgaben ist.

Auch **die belgischen Grünen** erlitten eine schreckliche Niederlage, insbesondere im französischsprachigen Teil des Landes, wo sie einen hohen Preis für ihre Beteiligung an einer Regierung mit zwei rechten Parteien und den Sozialisten zahlten. Sie sind von 2 Abgeordneten auf 1 abgestiegen. Die flämischen Grünen schnitten etwas besser ab und behielten einen Abgeordneten.

Die österreichischen Grünen, die seit 2019 mit der ÖVP, einem Mitglied der EVP, an der Regierung sind, verloren ebenfalls und fielen von 3 auf 2 Sitze.

Die französischen Grünen (Les Ecologistes, LE), die eine zunehmend gemäßigte Position eingenommen haben, ohne tatsächlich an der Regierung beteiligt zu sein, verloren ebenfalls eine große Anzahl von Stimmen und fielen von 10 auf 5 Abgeordnete.

Die Ausnahme von diesem enormen Abwärtstrend war **Dänemark**, wo die Grünen ihre Anzahl der EP-Sitze von 2 auf 3 erhöhten. In **Italien** konnten sich die Grünen mit 3 Sitzen im EP behaupten, ebenfalls in Schweden mit 3 Sitzen.

In **Osteuropa** sind sie praktisch nicht mehr vertreten.

7. Die Fraktion der Linken

Wenn die Linke keine Alternativen zu Unordnung, Klimakrise, sozialer Unsicherheit, Migrationssteuerung und wachsender Ungleichheit anbietet, werden diese Themen von der extremen Rechten aufgegriffen, um diejenigen auszuschließen, zu bestrafen und zu kriminalisieren, die anders sind.

Die siebtplatzierte Fraktion im Europäischen Parlament ist Die Linke (ehemals GUE/NL).

Zu Beginn, vor 25 Jahren, bestand sie aus eurokommunistischen Parteien und zwei trotzkistischen Europaabgeordneten – Alain Krivine (Ligue Communiste Révolutionnaire) und Arlette Laguiller (Lutte Ouvrière). Sie erweiterte sich um Parteien der nordischen Linken (Dänemark, Finnland und Schweden), die nicht aus der kommunistischen Tradition stammten. 2004 gab es keine trotzkistischen Abgeordneten mehr, aber der GUE schlossen sich der portugiesische Linksblock (das Ergebnis einer Fusion von Eurokommunisten, Maoisten, Trotzkisten usw.) und die irische Sinn Féin sowie die Progressive Arbeiterpartei (AKEL) Zyperns und die Kommunistische Partei der Tschechischen Republik an.

Nach den Wahlen von 2009 erlitt die GUE einen schweren Rückschlag, da die verschiedenen kommunistischen Organisationen Italiens jegliche Vertretung verloren, während sie in der vorherigen Legislaturperiode 7 Sitze im Europäischen Parla-

ment hatten. Die GUE wurde auf 35 Abgeordnete reduziert.

Ab 2014 stärkten jedoch neue und schnell wachsende Parteien die GUE – insbesondere Syriza in Griechenland, die sich auf ihrem Höhepunkt befand – oder traten ihr bei, wie Podemos in Spanien, die gerade gegründet worden war und auf Anhieb 5 radikal orientierte Abgeordnete wählte. Die spanische Izquierda Unida hatte ebenfalls Abgeordnete. Infolgedessen verzeichnete die GUE bei den Wahlen 2014 einen deutlichen Zuwachs und gewann 18 Sitze hinzu, von 35 auf 53 Sitze.

Nach der Kapitulation von Syriza im Jahr 2015 und der gemäßigteren Ausrichtung von Podemos und Die Linke in Deutschland verlor die GUE/NL an Schwung und fiel 2019 auf 37 Sitze zurück.

Die Ergebnisse der Wahlen 2024 bringen Die Linke (der Name, der das Akronym GUE/NL ersetzt hat) auf das Niveau von 2009 und 2019 zurück.

Die Ergebnisse in Frankreich waren positiv, wo La France Insoumise 4 Sitze hinzugewann, von 5 auf 9; in Belgien, wo Die Linke dank der PTB 1 Abgeordneten ge-

wann; und in Italien, wo die Liste der Grünen und Linken (Alleanza Verdi e Sinistra, AVS) 2 Abgeordnete gewann; und in Finnland mit der Linksallianz, die von 1 auf 3 Abgeordnete gestiegen ist.

Auf der anderen Seite werden zum ersten Mal seit langer Zeit die Izquierda Unida (IU), zu der die spanische Kommunistische Partei PC (IU-PC ist Teil des Sumar-Bündnisses (SMR) gehört, das Teil der Regierung des Sozialisten Pedro Sánchez ist) und die französische KP (PC) im Europäischen Parlament nicht mehr vertreten sein, während AKEL in Zypern auf dem Rückzug ist. Podemos, die 2023 die Regierung von Pedro Sánchez und Sumar auf einer linken Linie verließ, gewann 2 Sitze (gegenüber 5 im Jahr 2019). Die Anticapitalistas, die einen Sitz hatten, traten nicht mehr an.

Die Partei Die Linke erhielt nur 2,7 Prozent der Stimmen und verlor 2 Sitze, von 5 auf 3 Abgeordnete, nachdem sie eine Spaltung erlitten hatte, die von einer ihrer ehemaligen Führungsperson organisiert wurde, die eine Bewegung mit ihrem Namen gründete: das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW).

Die neue Partei, die bei ihrer ersten Wahl 6,2% der Stimmen (fast zwei Millionen Stimmen) und 6 Europaabgeordnete erhielt, wird wahrscheinlich nicht Teil der Linken sein. Wir werden sehen... Das Bündnis Sahra Wagenknecht erzielte in den neuen Bundesländern hohe Ergebnisse, erhielt teilweise 15 Prozent der Stimmen und landete auf dem dritten Platz hinter der rechtsextremen AfD und Ursula von der Leyens CDU/CSU, einem Mitglied der EVP. Es schließt nicht aus, mit dieser Partei (und mit der sozialistischen SPD) eine Vereinbarung zu treffen, um die östlichen Provinzen zu regieren und so die Machtübernahme der AfD zu verhindern.

Die neue Partei von Sahra Wagenknecht hat der SPD von Bundeskanzler Scholz, der Linken, der AfD, den Liberalen, den Grünen und der CDU-CSU Stimmen weggenommen, laut Reuters 500.000 von der SPD, 400.000 von Die Linke und 140.000 von der AfD. Sahra Wagenknecht und ihre Partei haben sich für die Kontrolle der Migrationsströme, für die Ablehnung von Waffenlieferungen zur Unterstützung der Ukraine nach der russischen Invasion und die Notwendigkeit, Verhandlungen zur Beendigung des Krieges aufzunehmen usw. ausgesprochen. Sie sind nicht für antikapitalistische Maßnahmen. Die Umwelt spielt in dem Programm eine marginale Rolle, ebenso wie LGBTQI+-Rechte.

Die neue Partei kann daher nicht als linksradikal eingestuft werden, aber es wäre ein Fehler, sie als rechte Partei einzustufen. In gewisser Weise erinnert ihr Programm an das Programm der kommunistischen Parteien der 1960er und 1970er Jahre (wie der Kommunistischen Partei Frankreichs): eine große Dosis Protektionismus zur Verteidigung sozialer Errungenschaften, das Streben nach einem Bündnis mit den Mittelschichten und Unternehmern, die in die nationale Produktion investieren und Arbeitsplätze schaffen, und der Widerstand gegen das globalisierte, internationalisierte und monopolistische Kapital.

Es ist eher eine antimonopolistische als eine antikapitalistische Linie. Wir müssen die Entwicklung des Sahra-Wagenknecht-Bündnisses genau verfolgen, ohne zu dämonisieren, sondern im Hinblick auf alle Themen, die eine klare linksradikale, unternationalistische, ökologische, sozialistische und feministische Orientierung erfordern, uns kritisch äußern und darüber debattieren.

Unter den Erfolgen von Parteien oder Listen, die Teil der Linken sind, sollten wir die

guten Ergebnisse der **PTB (Arbeiterpartei Belgiens)** erwähnen, einer Partei maoistischen und stalinistischen Ursprungs, die sich vor etwa zwanzig Jahren öffentlich von diesen Loyalitäten losgesagt hat. [4] Im flämischsprachigen Teil des Landes verdoppelte die PTB ihre Stimmen auf 8,2% und erhielt ihren ersten gewählten Abgeordneten im flämischen Wahlkollegium. In der französischsprachigen Region (Wallonien und französischsprachiges Brüssel) erzielte sie 15,4% und behielt damit einen Abgeordneten. Parallel zu den Europawahlen fanden in Belgien auch Bundes- und Regionalwahlen statt. Bei den Wahlen zum flämischen Parlament erzielte die PTB 8,3%, was einem starken Anstieg entspricht. In Wallonien fiel die PTB mit 12,1% (minus 1,5% gegenüber 2019) leicht zurück und im französischsprachigen Brüssel kletterte die PTB auf 21% (gegenüber 22% für die PS). In einigen Gemeinden im Herzen der Arbeiterviertel von Brüssel erhielt die PTB mehr als 25% der Stimmen, so in Anderlecht (28%), Molenbeek (27%) und dem Bezirk Brüssel (26%). Im Zentrum von Lüttich erzielte die Partei 16,5 Prozent, während die PTB im Lütticher Industrievorort Herstal 24,3 Prozent erreichte. In Charleroi erzielte sie 20%. Die PTB ist linksradikal orientiert und internationalistisch, vermeidet es aber, antikapitalistische Maßnahmen vorzuschlagen.

Es sei darauf hingewiesen, dass es auch im französischsprachigen Belgien eine antikapitalistische Liste (Vierte Internationale) gab, die bei den Europawahlen antrat. In Wallonien erzielte sie 2,5% der Stimmen.

Die angenehmste Überraschung kommt aus **Italien**, wo die Liste der Grünen und Linksallianz (AVS) 6,8% der Stimmen und 5 Sitze im Europäischen Parlament ge-

wann, von 1 auf 6 Sitze. Zwei der 6 Sitze werden der Linken mehr Gewicht verliehen, 3 gehen an die Fraktion der Europäischen Grünen und einer ist in der fraktionslosen Kategorie.

Die Staatsverschuldung, die stark gestiegen ist, wird als Argument für eine weitere Austeritätspolitik dienen.

Die italienische Lehrerin Ilaria Salis, 39, die Anfang 2022 in Ungarn wegen Gewalt gegen Neofaschisten während einer antifaschistischen Demonstration festgenommen wurde, wurde Anfang 2023 in Budapest festgenommen und sitzt seitdem inhaftiert, wobei ihr eine Haftstrafe von bis zu 24 Jahren droht. Als Kandidatin auf der AVS-Liste wurde sie in das Europäische Parlament gewählt und daraufhin freigelassen. Das sind sehr gute Nachrichten.

Eine weitere gute Nachricht ist, dass ein italienischer Bürgermeister, Mimmo Lucono, dem 2019 von der Regierung von Matteo Salvini mit Gefängnis gedroht wurde, weil er ein Migrantenschiff in den Hafen seiner Kleinstadt Riace einlaufen ließ, ebenefalls auf derselben Liste wie Ilaria Salis ins Europäische Parlament gewählt wurde.

Die Analyse des scheidenden Europaabgeordneten **Miguel Urban zur Krise der Linken** ist völlig richtig. Ich unterstütze sie von ganzem Herzen und möchte eine lange Passage aus einem seiner letzten Artikel zitieren:

"Während die extreme Rechte in ganz Europa auf dem Vormarsch zu sein scheint, steckt die Linke als kleinste Fraktion im Europäischen Parlament in einer existenziellen Krise fest und muss sich fragen, was sie falsch gemacht hat, um zuzulassen, dass die extreme Rechte als Ausdruck des Unbehagens und als Vehikel für Wahlproteste wahrgenommen wird. Warum hat die Linke aufgehört,

eine Kraft zu sein, um Unzufriedenheit und Protest zu bündeln, gegen das Establishment und dessen "Gaslighting" der Menschen auf der untersten Sprosse der Leiter zu protestieren? Und vor allem, wie können wir das wieder werden?

Denn erst vor zehn Jahren gewann die linksradikale SYRIZA-Koalition die Europawahlen im Juni 2014 in Griechenland, ein Vorläufer ihres Sieges bei den nationalen Wahlen ein Jahr später, und zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg übernahm eine Kraft links von den Sozialdemokraten die Kontrolle über eine Regierung in einem EU-Land. Erst vor zehn Jahren stürmte eine neue politische Kraft, Podemos, ins Europäische Parlament und überholte in etwas mehr als einem Jahr fast die spanische Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) mit über fünf Millionen Stimmen und 21 Prozent der Stimmen.

Ein paar Jahre später kommen wir nicht umhin, uns an **Walter Benjamins** klassische These zu erinnern: **"Jeder Aufstieg des Faschismus zeugt vom Scheitern einer Revolution."** Eine Aussage, die, wenn man sie aus ihrer wörtlichen Bedeutung extrapoliert, immer noch relevant ist, um zu verstehen, wie der Aufstieg des autoritären Neoliberalismus und/oder der extremen Rechten auch mit den aktuellen Schwächen der Linken zusammenhängt. Dies ist eine nützliche These, die uns hilft, die Risiken der Mäßigung seitens linker Regierungen und ihre Unfähigkeit, auf die Erwartungen der Arbeiterklasse an Veränderungen zu reagieren, wie es bei SYRIZA in Griechenland sowie bei PSOE und Sumar in Spanien der Fall war, im Auge zu behalten. Denn wenn diese Erwartungen enttäuscht werden, entstehen Unzufriedenheit und Frustration, und die Logik

des "es ist unmöglich", des "sie sind alle gleich", der neoliberalen Antipolitik, die die dunklen Leidenschaften nährt, auf denen die reaktionäre Internationale aufgebaut ist, setzt sich durch.

Die Mehrheit der europäischen institutionellen Linken muss noch die Lehren aus der Niederlage des SYRIZA-Regierungsexperiments ziehen, aus den Grenzen eines reformistischen Projekts in einem Kontext der Regimekrise, in dem es keinen Raum für Reformen gibt, und aus der Rolle, die die EU als konzentrierter Ausdruck des neoliberalen Marktconstitucionalismus spielt, in dem die so genannten EU-Regeln Vorrang vor dem Recht der Nationalstaaten und damit vor dem Recht der Bevölkerung auf Souveränität haben. Die Erfahrungen der ersten SYRIZA-Regierung, das Anti-Austeritäts-Referendum in Griechenland im Juli 2015 und die Verhängung des Austeritätsmemorandums durch die Troika haben dies deutlich demonstriert.

Wenn die Linke keine Alternativen zu Unordnung, Klimakrise, sozialer Unsicherheit, Migrationssteuerung und wachsender Ungleichheit anbietet, werden diese Themen von der extremen Rechten aufgegriffen, um diejenigen, die anders sind, auszuschließen, zu bestrafen und zu kriminalisieren.

Die Linke muss die Krise des kapitalistischen Regimes verstehen, in der wir uns befinden, eine Krise, die in immer mehr sozialen Sektoren wachsende Unzufriedenheit hervorruft. In vielen Fällen wird die Linke als Teil des Systems und damit als Teil des Problems angesehen.

Es besteht kein Zweifel, dass die Linke sich in einer Krisenzeit wie der heutigen überdenken muss – eine Aufgabe, die sie auf keinen Fall auf einen sehr gefährlichen Weg führen darf, den einer gewis-

sen Faszination für die von der extremen Rechten aufgeworfenen Themen: Protektionismus, ausgrenzende Souveränität und Anti-Einwanderungspolitik. Wenn wir diese Probleme nicht im Rahmen des Wiederaufbaus eines Projekts angehen, das auf der autonomen Selbstorganisation der Arbeiterklasse basiert, mit hegemonialen Idealen und einem Vorschlag für eine ökosozialistische und feministische Gesellschaft, kann es so aussehen, als ob wir versuchen, die Vorschläge der

extremen Rechten "herauszufordern", in einem weiteren vergeblichen Versuch, den Gegner nachzuahmen, um seine Erfolge zu "stehlen".

Eine solche Taktik mag für die Rechte funktionieren, wenn sie die oberflächlichsten Aspekte der Linken kopiert, aber sie führt die Linke in die totale Ohnmacht und Selbstzerstörung"

(aus einem Artikel von Miguel Urban, der bald vollständig veröffentlicht wird).

Schlussfolgerungen

Der Rechtsruck der Institutionen, die die EU regieren, wird deutlich akzentuiert werden. **Die Kommission, der Rat und die EZB werden den Druck erhöhen, die Schrauben der EU-Regierungen bei den Sozialausgaben anzuziehen.** Die Staatsverschuldung, die stark gestiegen ist, wird als Argument für immer drastischere Sparmaßnahmen dienen. Im Kampf der Ideen werden wir erklären müssen, dass die Regierungen, die Kommission und die EZB die Staatsverschuldung erhöhen wollten, um die Ausgaben angesichts der Corona-Virus-Pandemie und der dadurch verstärkten wirtschaftlichen und sozialen Krise zu finanzieren.

Die europäischen Staats- und Regierungschefs waren nicht bereit, die Superprofite der großen Pharmaunternehmen – insbesondere der Impfstoffhersteller – zu besteuern, die skandalöse Gewinne auf Kosten der Gesellschaft gemacht haben. Das Gleiche gilt für Einzelhandelsunternehmen – insbesondere solche, die sich auf Online-Verkauf und IT-Dienstleistungen spezialisiert haben – die ebenfalls enorme Gewinne erzielt haben. Als dann die Gaspreise im Zuge des russischen Einmarsches in der Ukraine in die Höhe schossen, waren

die Regierungen nicht bereit, die Energiepreise zu kontrollieren und einzufrieren, so dass auch fossile Brennstoff- und Energieunternehmen auf Kosten der Gesellschaft enorme Gewinne erzielen konnten. Als die Lebensmittelpreise infolge des Krieges in der Ukraine und der Spekulation mit Getreide in die Höhe schnellten, machten die Getreideunternehmen Superprofite. Genau wie die großen Einzelhandelsketten, die die Einzelhandelspreise für Lebensmittel unverhältnismäßig und missbräuchlich erhöht haben, was zu einem starken Anstieg der [Inflation](#) und zu Kaufkraftverlust für die Arbeiterklasse führte.

Die Regierungen haben sich geweigert, außerordentliche Steuern auf die Gewinne zu erheben.

Auch die Rüstungskonzerne profitieren noch mehr von den Kriegen in der Ukraine und im Nahen Osten.

In dieser Situation und mit dieser Weigerung, Steuern von den Reichsten und von den Unternehmen zu erheben, die von der Krise profitiert haben, haben die Staaten zunehmend auf Schuldenfinanzierung zurückgegriffen, anstatt sich über Steuereinnahmen zu finanzieren, mit Ausnahme der

indirekten Verbrauchssteuern (Mehrwertsteuer), die für die große Mehrheit der Bevölkerung und insbesondere für die Sektoren mit dem niedrigsten Einkommen äußerst schädlich sind.

Im Kampf der Ideen müssen wir zeigen, dass aus diesen Gründen ein großer Teil der Staatsverschuldung illegitim ist und geprüft und erlassen werden muss.

Die Migrationspolitik der europäischen Staats- und Regierungschefs und der nationalen Regierungen wird sich ebenfalls verschärfen. Menschenrechtsverletzungen werden zunehmen, trotz der Anprangerung durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und Menschenrechtsverbände.

Auch die Untätigkeit der europäischen Regierungen und Institutionen beim Klimaschutz wird sich verschlimmern.

Die Aufrüstung wird sich beschleunigen.

Rechtsextreme Rhetorik und die Politik, die sie unterstützt, werden sich wahrscheinlich weiter ausbreiten.

Infolgedessen werden der antifaschistische Kampf und die Protestaktionen gegen den Aufstieg der extremen Rechten immer wichtiger.

Soziale Bewegungen und politische Parteien der Linken müssen mit einem entschlossenen Programm für den Bruch mit dem Kapitalismus die Initiative zurückgewinnen und nicht weniger entschlossen in ihren Bemühungen um die Vereinigung sein.

Der Autor bedankt sich bei Peter Wahl, Angela Klein, Roland Kulke, Fiona Dove, Thies Gleiss, Gerhard Klas, Manuel Kellner, Tord Björk, Raffaella Bollini, Franco Turigliatto, Gigi Malabarba, Miguel Urban, Alex De Jong, Roberto Firenze, Gippo Mugandu und Roland Zarzycki, die Fragen zu den Ergebnissen der Europawahl beantwortet haben. Vielen Dank an Maxime Perriot für das Korrekturlesen. Der Autor ist allein verantwortlich für die in diesem Artikel geäußerten Meinungen und für eventuell darin enthaltene Fehler.

Fußnoten

[1] Neben Belgien besteht die Wahlpflicht auch in Bulgarien, Griechenland und Luxemburg.

[2] Miguel Urban, "Wer rechtsextreme Politik sät ... erntet die extreme Rechte" | Internationaler Standpunkt Vierte Internationale, 10. Juni 2024, <https://fourth.international/en/631>
<https://www.cadtm.org/Qui-seme-des-politiques-d-extreme-droite-recolte-des-politiques-d-extreme>

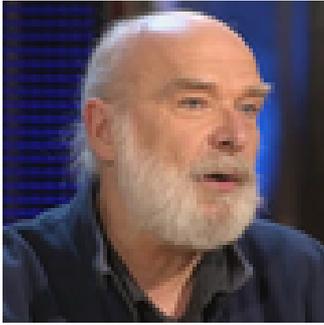
[3] Zu den vier Abgeordneten gehört Marion Maréchal, die noch weiter rechts steht als ihre Tante Marine Le Pen. Die drei anderen sind Guillaume Peltier und Laurence Trochu, die Reconquête verließen, um mit Nicolas Bay eine neue konservative Partei zu gründen.

[4] In den frühen 1980er Jahren prangerte die PTB den sowjetischen Sozialimperialismus als ebenso gefährlich an wie den US-Imperialismus und denunzierte Kuba als Agenten des sowjetischen Sozialimperialismus, der insbesondere in Angola operierte. Im Mai 1989 unterstützte die PTB das Vorgehen der chinesischen Behörden gegen die Besetzung des Platzes des Himmlischen Friedens. PTB-Autoren argumentierten, dass die Moskauer Prozesse der 1930er Jahre gerechtfertigt waren und bei der Säuberung von Elementen, die Verräter an der kommunistischen Sache waren, nicht weit genug gegangen waren. Die PTB versuchte, die internationale kommunistische Bewegung in Zusammenarbeit und dann in Konkurrenz zu Jo Maria Sisons Kommunistischer Partei der Philippinen und Abisrael Guzmáns Leuchtendem Pfad wieder aufzubauen. In den 2000er Jahren änderte sich die Richtung. Sie behält einen marxistisch-leninistischen Bezugsrahmen bei.

<https://www.cadtm.org/Europe-is-turning-black-and-brown>

Übersetzung: Redaktion von 'Sand im Getriebe'

Autor



[Eric Toussaint](#) ist Historiker und Politikwissenschaftler.

Er promovierte an den Universitäten Paris VIII und Lüttich, ist Sprecher von CADTM International und Mitglied im Wissenschaftlichen Rat von ATTAC Frankreich.

https://en.wikipedia.org/wiki/%C3%89ric_Toussaint

Er ist der Autor u. a. von:

[Griechenland 2015: There was an alternative](#) , London: Resistance Books / IIRE / CADTM, 2020,

[The debt sytem](#) (Haymarket Books, Chicago, 2019), [Bankocracy](#) (2015);

[The Life and Crimes of an Exemplary Man](#) (2014);

[Glance in the Rear View Mirror. Neoliberal Ideology From its Origins to the Present](#), Haymarket Books, Chicago, 2012

Er ist Co-Autor von **World Debt Figures 2015** mit Pierre Gottiniaux, Daniel Munevar und Antonio Sanabria (2015);

und mit Damien Millet [Debt, the IMF, and the World Bank: Sixty Questions, Sixty Answers](#), Monthly Review Books, New York, 2010.

Von April 2015 bis November 2015 war er wissenschaftlicher Koordinator der **griechischen Wahrheitskommission zur Staatsverschuldung** ([deutsche Übersetzung](#))

Einige Texte von **Éric Toussaint** auf Deutsch in '[Sand im Getriebe](#)'

2003: Die Schulden des Iraks, SiG 21

2004: 60 Jahre Bretton-Wood-System Zur Unterstützung von Diktaturen durch Weltbank und IWF, SiG 39

2006: Libanons Schulden annullieren!, SiG 53

Der Kampf um die Entschuldung aus historischer Sicht, SiG 58

2008: Von den Widerständen zu den Alternativen:

ein geschichtlicher Blick auf die Bewegung für eine andere Welt, SiG 68

2008: Der Internationale Währungsfonds , SiG 70

2009: G 20 - Ein Schlag im Wasser , SiG 73

Warum **Hungerkatastrophen**; was ist dagegen zu tun?, SiG 74

2010: Haiti: jenseits der Hilfszusagen, SiG 80

2011: T. Ali, S. Amin, Bisky, Chomsky, S.- George , Halliday, Harribey, G. Irvin, Khalfa, K.Loach, Massiah, Toussaint, Weisbrot, Ziegler u.v.m. Aufruf für eine Prüfungskommission zu den öffentlichen Schulden Griechenlands, SiG 89

Acht dringende Vorschläge für ein anderes Europa, SiG 90

Auch **die illegitimen Schulden im Norden** müssen annulliert werden!, SiG 92

2013: Th. Coutrot, P. Saurin, E. Toussaint: Schulden streichen oder das Kapital besteuern: Warum nur eins?, SiG 107

2015 Die griechischen Staatsschulden vor dem Eingreifen der Troika, SiG 115

Griechenland: ein alternativer Vorschlag, SiG 116

2018: Griechenland: eine trügerische Ankündigung zum Schuldenabbau, SiG 129

Einige SiG-Artikel über die Europäische Union

SiG 155 (2024): Baustelle Europa; **SiG 145**: Europas Zukunft?

SiG 144 (2022): Europäische Union: Öl ins Feuer

SiG 137: zu den EU-Programmen

SiG 135: zur neuen EU-Kommission / 10 Jahre Lissabon-Vertrag

SiG 120 - Quo vadis, Europa?; SiG 119: Europas Schande

SiG 114: Der politische Erdbeben in Griechenland ist eine Chance für Europa! (dazu auch SiG 115 und SiG 116)

SiG 96: ein anderes Europa ist möglich!

SiG 95: Europa neu begründen!

Alle Hefte: <https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/sig-fruhere-veroeffentlichungen>

2007: Die europäischen Attac-Verbände sagten "Nein" zum EU-Reformvertrag

„Am 11. März 2007 haben 17 Europäische Attacs ihre "Zehn Prinzipien für einen demokratischen Vertrag" vorgelegt, die zu einer Neubegründung der Europäischen Union (EU) beitragen sollen. Die aufmerksame Lektüre des Reformvertrags, der von den Mitgliedstaaten der EU anlässlich des Europäischen Rats vom 18. und 19. Oktober 2007 angenommen wurde, zeigt, dass er keines der zehn Prinzipien respektiert. Mehr noch, er ist eine getarnte Neuauflage des Europäischen Verfassungsvertrages, den die französischen und niederländischen Wählerinnen und Wähler im Jahr 2005 abgelehnt haben.

Dieser Text ist inakzeptabel, sowohl was sein Zustandekommen als auch was seinen Inhalt betrifft.“ **Mehr: [SiG-Biblio Nr 4](#)**

(enthält auch die „Zehn Prinzipien für einen demokratischen Vertrag“)



Der Newsletter Sand im Getriebe (SiG) informiert seit 2001 über internationale (Attac-)Bewegungen (*Ignacio Ramonet: „Die Märkte entwaffnen“; Attac-Charta vom Dezember 1998*). Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Ansichten einen gemeinsamen Ort.

Haftungshinweis: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen. Vorschläge, Fragen, Kritiken, **Bestellung gedruckter Exemplare** per E-Mail an die **Redaktion: sand-im-getriebe@posteo.de**

Newsletter abonnieren: <https://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/sig-sandimgetriebe/>

Redaktion: Dani Dörper, Barbara Fuchs, Werner Horch, Martina Jäger, Ingeborg Schellmann, Marie-Dominique Vernhes, Christian Weber, Christel Wöhler (Mitglieder von Attac Deutschland; diese Angabe dient nur zur Identifikation der Personen). V. i. S. d. P.: Marie-D. Vernhes